

29. IV. 1918

## Das Dossier Clemenceaus.

Scharfe Angriffe gegen Clemenceau und Ribot.

Bern, 27. April.

In der französischen Presse und im Parlament macht sich eine ziemlich heftige Opposition gegen die Ablehnung von Friedensbesprechungen geltend. Clemenceau hätte die Debatte in der Kammer gern auf längere Zeit hinausgeschoben, in der Erwartung, unter dem Eindruck eines wirklichen oder eingebildeten großen Waffenerfolges vor den Volksvertretern zu erscheinen und seine Politik des Jusqu'aboutismus verteidigen zu können. Die Kammer zeigte sich darin aber weniger gefügig als der Senat.

Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten, dem Clemenceau alle auf den Brief König Karls und die Verhandlungen in Freiburg bezüglichen Dokumente unterbreitete und in einer fast zweistündigen Rede eingehend dokumentierte, zeigte sich sehr zurückhaltend und schielt die Akten, um der Kammer darüber zu berichten. Dieser Debatte kann Clemenceau nicht mehr entgehen, und so sind seine Anstrengungen darauf gerichtet, eine öffentliche Diskussion zu vermeiden.

Unter den Volksvertretern wird die Mißstimmung durch die Feststellung erhöht, daß eine für das Schicksal des Landes so wichtige Angelegenheit nur en petit comité, das heißt unter Ausschluß des Parlaments, ja der meisten Mitglieder der letzten Regierung in einem für den Frieden ungünstigen Sinne entschieden wurde. Gegen dieses Vorgehen des früheren Ministerpräsidenten Ribot verwahren sich mehrere seiner ehemaligen Kollegen, darunter sogar der Minister des Außern, dem diese Sache vorenthalten blieb.

Die sozialistischen Abgeordneten verdoppeln ihre Angriffe, die sich nicht nur gegen Clemenceau und Ribot, sondern ganz besonders gegen Poincaré richten, dem neuerdings vorgehalten wird, daß er mit dem ehemaligen Zaren einen Geheimvertrag abgeschlossen hat, der Frankreich so schwere Verpflichtungen auferlegte. Die Sprache, die von Renaudel, Longuet, Maheras, Mistral, Deshayes geführt wird, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, und Abgeordneter Cahin, Mitglied der Subkommission für auswärtige Angelegenheiten, dem die Prüfung der von Clemenceau übergebenen Akten anvertraut wurde, aber richtiger, der sich selbst gegen den Willen des Ministerpräsidenten damit befaßte, erklärt kurz und bündig, daß die ganze Angelegenheit vor der Öffentlichkeit erklärt werden müsse.

Der ehemalige Abgeordnete Lucien de Feyer, ein rühriger Bazillist, greift im Journal du Peuple Ribot heftig an, weil dieser ganz allein, ohne auch nur die Mitglieder seines Kabinetts zu befragen, den Brief König Karls totgeschwiegen hat. Er faßt die Tat Clemenceaus dahin zusammen, daß es ihm gelungen sei, Frankreich mit Oesterreich-Ungarn zu überwerfen. Nicht darüber seien Clemenceau und

seine Anhänger erboht, weil Oesterreich-Ungarn nunmehr seine Truppen an die Westfront schickt, sondern weil seine Bemühungen zugunsten des Friedens ehrlich gemeint waren. Das müsse man endlich einmal begreifen.

Abgeordneter Deshayes geht in der Lanterne gegen den Kammerausschuß los, der die ganze Angelegenheit für sich zurückzuhalten sucht, indes doch alle Volksvertreter das Recht und die Pflicht hätten, sich zu informieren, und wäre es auch nur um der Eventualität vorzubeugen, daß die Regierung bei neuen Friedensangeboten das Beispiel Ribots und Clemenceaus befolge.

Der Minderheitssozialist Maheras, einer der Führer der Zimmerwalder, verweist in der Verité darauf, daß Briand sich nicht heute, die ihm von deutscher Seite im Sommer 1917 gemachten Angebote entgegenzunehmen und sie an das Ministerium des Außern weiterzuleiten, an dessen Spitze damals Ribot stand. Maheras erinnert daran, daß in der von ihm veranlaßten Geheimtätigkeit der Kammer am 16. Oktober 1917 die Erklärungen Ribots über seine Haltung gegenüber den ihm von Briand übermittelten Vorschlägen seinen Sturz veranlaßten.

### Ein Antrag zur Ueberprüfung der Geheimakten durch die Kammer.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

9. April.

Der französische Deputierte Forgeot wird morgen anläßlich des Wiederzusammentrittes der Kammer den Antrag stellen, die Kammer möge sich in ihrer Gänge als Kommission konstituieren. Dieser Kommission sollen die Geheimakten in der Angelegenheit des Königsbriefes und der Besprechungen zwischen den Grafen Armand und Revertera zugänglich gemacht werden. Die parlamentarische Kommission soll ferner den Wunsch aussprechen, daß die italienische Regierung auch ihre Aktenstücke in dieser Angelegenheit zur Einsicht vorlege.